

Das Volk wird zum Schiedsrichter

Landrat Die bürgerliche Mehrheit bleibt bei der Steuervorlage 17 hart und lehnt Abänderungsvorschläge ab. Damit wird es auch im Kanton Baselland zu einer Volksabstimmung kommen.

Thomas Dähler

Das Baselbieter Parlament hat mit 57 zu 23 Stimmen die Steuervorlage 17 verabschiedet. Kompromissvorschläge der SP und der Grünen blieben chancenlos. Weil damit im Parlament keine Mehrheit von 80 Prozent zustande kam, werden die Stimmberechtigten eine definitive Entscheidung an der Urne fällen müssen. Die Abstimmung findet voraussichtlich am 24. November statt, einen Monat nach den eidgenössischen Wahlen.

Die SP überraschte zu Beginn der zweiten Lesung mit einem Kompromissangebot. «Wir wissen, dass es eine Steuervorlage braucht», sagte SP-Präsident Adil Koller. Die Fraktion sei bereit, eine Lösung im Landrat zu finden und ein Nein wie im Kanton Solothurn zu vermeiden, meinte Koller. Anstelle des von Regierung und Kommission vorgeschlagenen Gewinnsteuersatzes von 13,45 Prozent schlug die SP einen Satz von 14,2 Prozent vor. Ausserdem möchte die SP zusätzlich eine Erhöhung der Kinder- und Ausbildungszulagen um 20 Franken und verlangt von der Regierung, dass sie die beschlossenen Beiträge an die Krankenkassenprämien langfristig garantiert.

Alternative der Grünen

Die Grünen stellten in der Folge den gleichen Antrag wie schon in der ersten Lesung – den Kompromiss des Kompromisses: 13,94 Prozent. Auf die Forderung einer Erhöhung der Kinder- und Ausbildungszulagen verzichtete die Fraktion Grüne/EVP, sagte Klaus Kirchmayr. Er denke, dass sich die SP bei einem Ja zum Vorschlag der Grünen nicht mehr getraue, eine Volksabstimmung vom Zaun zu brechen.

Doch sowohl die SP als auch die Grünen blieben chancenlos. Die Mehrheit aus SVP, FDP und CVP blieb hart. Das Parlament müsse nicht darauf spielen, was



Adil Koller setzt sich vergeblich für eine moderatere Steuervorlage ein, die eine Volksabstimmung überflüssig machen würde. Foto: Kostas Maros

beim Volk mehrheitsfähig sei, sagte Christof Hiltmann (FDP). «Wir überzeugen dann das Volk schon.» Jacqueline Bader Rüedi (FDP) doppelte nach: «Wir haben keine Angst vor einer Volksabstimmung.»

Eine Lanze für einen tiefen Gewinnsteuersatz brach Christoph Häring (SVP). Das Bashing der KMU sei schon in erster Lesung zu Recht gerügt worden. Es brauche gute Rahmenbedingungen für die KMU. Diese seien kei-

ne Steueroptimierer. Es seien die Unternehmer, die den Wohlstand schaffen würden. FDP-Präsidentin Saskia Schenker sagte, der SP-Vorschlag sei in Wirklichkeit kein Kompromiss. Im Gegenteil: Müsstest die KMU für die höheren Kinder- und Ausbildungszulagen aufkommen, breche ihre Zustimmung zur Steuervorlage weg.

Urs Kaufmann (SP) verteidigte den Vorschlag der SP mit dem Hinweis auf die OECD, die den verbleibenden Steuerprivilegien für Statusgesellschaften den Kampf angesagt habe. Mit dem tiefen Gewinnsteuersatz wolle man die Statusgesellschaften

zum Verbleib im Kanton bewegen. Doch der Kanton Baselland riskiere, dass diese Gesellschaften dereinst doch den Kanton verlassen würden und mit der Steuersenkung nur die Steuerausfälle zurückblieben.

Lauber: «Ausgewogen»

Regierungsrat Anton Lauber verteidigte seine Vorlage. Sie sei komplex; es lasse sich deshalb vieles einzeln kritisieren. Doch es sei gefährlich, sich ins Detail zu verlieren. Der Steuersatz sei für die Attraktivität des Kantons nicht das einzige Kriterium, ab dem ein wichtiges. In Basel-Stadt sei trotz des Referendums ein tiefer

Steuersatz beschlossen worden. Bei einem Steuersatz von über 14 Prozent riskiere Baselland, dass Unternehmen tatsächlich wegziehen würden. «Es ist eine ausgewogene und austarierte Vorlage, die den Kanton stärkt», appellierte Lauber.

In der Eventualabstimmung war eine Mehrheit für den Vorschlag der Grünen, doch dieser unterlag anschliessend mit 33 Ja zu 52 Nein. Erfolglos blieb zuvor auch ein Nichteintretensantrag von Daniel Altermatt (GLP), der die Vorlage als unausgewogen und für die Gemeinden nachteilig bezeichnete. Altermatt unterlag mit 61 zu 19 Stimmen.

Landrat

Berichterstattung aus dem Baselbieter Parlament

Landrat lehnt den Klimanotstand zum dritten Mal ab

Ideologie Nach einer erneuten Mammutdebatte scheitert eine Petition der Jusos zum Klimanotstand deutlich.

Der Landrat will definitiv nichts von einem Klimanotstand wissen. Nach dem Nein am 20. März zur Climate-Emergency-Resolution der jugendlichen Klimademonstranten, welche damals die SP eingebracht hatte, lehnte es das Kantonsparlament am Donnerstag auch ab, eine Petition der Jusos zum Klimanotstand als Postulat zu überweisen.

Weil der Landrat im Februar bereits die Dringlichkeit der Resolution abgelehnt hatte, war die gestrige Debatte bereits die dritte zum Klimanotstand. Und sie verlief ähnlich ideologisch wie die beiden Vorgängerdebatten. Nach anderthalb Stunden wurde die von der Petitionskommission knapp mit vier zu drei Stimmen beantragte Überweisung als Postulat mit 54 zu 30 Stimmen abgelehnt. Ja sagten die Sozialdemokraten, die Grünen und die EVP, während die Bürgerlichen nichts von einer Überweisung

wissen wollten. Immerhin wurde die Petition mit 68 gegen zwölf Stimmen zur Kenntnis genommen.

Nach der Ablehnung der Climate-Emergency-Resolution unternahm die Jusos Baselland mit einer Petition an den Landrat und die Regierung einen weiteren Versuch, um den Klimanotstand anhängig zu machen.

Fünf Forderungen

Fünf Forderungen stellten sie dabei, welche die Regierung «sofort» umsetzen solle: autofreie Sonntage, vegane Ernährung in öffentlichen Institutionen, Gratis-ÖV, die 25-Stunden-Woche, um die Produktions- und Konsumgewohnheiten zu ändern, sowie ein Desinvestment von Banken und Pensionskassen aus fossilen Energieträgern.

Der Regierungsrat hatte es sich mit seiner Stellungnahme zu den Jusos-Forderungen etwas

«Ich kann diesen Forderungen nichts abgewinnen. Das ist sozialistischer Unsinn.»

FDP-Landrat Marc Schinzel

einfach gemacht und sich im Wesentlichen darauf beschränkt darzulegen, warum diese unerfüllbar sind. Damit wollte sich aber eine Mehrheit der Kommission nicht zufrieden geben. Und weil sich diese Mehrheit von der Regierung mehr Offenheit gewünscht hätte, beantragte sie,

die Petition als Postulat zu überweisen, damit der Regierungsrat nochmals über die Bücher muss.

Die bekannten Positionen

Die anschliessende Debatte folgte den bisherigen Verhaltensmustern. Die Bürgerlichen von FDP und SVP wollten im Verein mit der CVP einmal mehr nichts von Klimanotstand wissen. «Wir haben auch heute noch keinen Klimanotstand. Unsere Aufgabe ist es, mit der neuen Situation umgehen zu können», sagte der Liestaler SVP-Landrat Hans Rudolf Schafroth.

Ganz anderer Meinung war dagegen Sandra Strüby (SP). Die Klimakatastrophe sei ja wohl nicht mehr wegzudiskutieren. «Die Jusos-Eingabe enthält ganz wichtige Forderungen. Diese gilt es zu prüfen und nicht einfach pauschal abzulehnen, wie es die Regierung getan hat», sagte Strüby.

Den halben Nachmittag wogte die Diskussion dann hin und her, ohne dass wirklich neue Aspekte vorgebracht wurden. Mitunter entstand der Eindruck, es gehe weniger um das Klima als um diejenigen, die es thematisieren und Forderungen stellen. Er verstehe die Petitionskommission wirklich nicht, dass sie einen solchen Antrag stelle. «Ich kann diesen Forderungen nichts abgewinnen. Das ist sozialistischer Unsinn», sagte der Binnerer FDP-Landrat Marc Schinzel. Was ihm von Linard Candrea (SP) den Vorwurf eintrug, ihm passen ja nur die Jusos nicht.

Klaus Kirchmayr (Grüne) sah es am Schluss positiv. Es sei ein gutes Zeichen, wenn bei einem Thema die Emotionen hochgehen. «Es sind diese Diskussionen, die am Schluss zum Handeln führen», sagte Kirchmayr.

Thomas Gubler

Nachrichten

Absage an den Muggenbergertunnel

Verkehr Über den Tunnel, der die A18 bei Aesch/Angenstein mit dem Eggfluetunnel bei Grellingen verbinden soll, rede man bereits seit 50 Jahren. Im März nahm der Nationalrat den Muggenbergertunnel dann überraschenderweise in den Ausbauschnitt 2019 des Nationalstrassennetzes auf. Gestern musste der Ständerat nun über diesen Ausbauschnitt bestimmen – und warf den Muggenbergertunnel mit zwei weiteren Vorhaben prompt wieder aus dem Strassenprojekt. Ständerat Eric Nussbaumer (SP/BL) nannte die Projekte «Hüftschüsse». (sa)

Mehr Investitionen für Basel-Delémont

Landrat Die Baselbieter Regierung muss Massnahmen prüfen, mit denen sie sich beim Bund für verstärkte Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur zwischen Basel und Delémont einsetzen kann. Die heutigen Verbindungen auf Schiene und Strassen seien trotz Versprechungen völlig ungenügend, hiess es in der Debatte. Das Postulat von Rolf Blatter (FDP) wurde mit 52 zu 26 Stimmen bei einer Enthaltung überwiesen. Gleichlautende Vorstösse wurden auch in den Kantonen Jura und Basel-Stadt eingereicht. (td)

Guggenkoncert in Waldenburg zurück

Fasnacht Noch im Mai gaben die Organisatoren des Guggenmusikzentrums in Waldenburg nach 34 Jahren das Aus bekannt. Doch eigentlich wollten die Guggenmusiken den Traditionsevent nicht wirklich sterben lassen, und er wird es auch nicht. Das haben die Delegierten an einer kurzfristig einberufenen Sitzung am 3. Juni beschlossen. Also werden nun verschiedene Helfer aus dem Waldenburger Tal zukünftig die Planung und Durchführung des Guggenkonzerts übernehmen. (sa)

Schutz für alle gegen Erdbeben

Standesinitiative Geht es nach dem Baselbieter Landrat, dann soll eine Schweizer Erdbebenversicherung geschaffen werden. Das Kantonsparlament hat am Donnerstag mit 62 gegen 4 Stimmen beschlossen, in Bundesbern eine entsprechende Standesinitiative einzureichen. Dabei soll das bei den Gebäudeversicherungen bewährte Risiko-Pooling als Vorbild dienen. So wäre es laut Regierungsrat möglich, einen Versicherungsschutz für eine Prämie von circa 100 Franken pro Immobilie und Jahr zu erhalten.

Aus der Sicht der Baselbieter Regierung muss die Standesinitiative eine Änderung der Bundesverfassung zum Ziel haben, da es sich bei der Schaffung einer flächendeckenden, obligatorischen Erdbebenversicherung um eine neue Bundeskompetenz handeln würde. Dagegen wurde dann auch von FDP-Landrat Rolf Richterich Bedenken vorgebracht. Der Zeitpunkt für eine Standesinitiative wurde zudem als günstig erachtet, weil diese eine Motion des Walliser Ständerats Jean-René Fournier, die nicht abgeschlossen wurde, unterstützen könnte. (Gu)